

**Landesarbeitsgemeinschaft der Musikschullei-
ter/-innen Berlins**

(1) Welche Rolle sollten die Musikschulen nach Meinung Ihrer Fraktion im sich wandelnden Berliner Bildungssystem übernehmen?

Die Musikschulen sind ein wesentlicher Baustein der kulturellen Bildung. Sie ergänzen die Angebote der allgemeinbildenden Schulen und sind außerdem ein wichtiger Faktor der Erwachsenenbildung. Die Vorbereitung auf ein Musikstudium ist ein weiterer Zweig.

(2) Eine wöchentliche Zeitstunde Instrumentalunterricht kostet den Nutzer z.Zt. in Berlin durchschnittlich 82 Euro/Monat. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Kindern aus finanzschwachen Familien eine Teilhabe zu ermöglichen ohne die Finanzlast auf die Bezirke weiter auszureizen?

Zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt zur Unterstützung der Musikschulen und ggf. einer Senkung der Kosten für den Instrumentalunterricht halten wir für unwahrscheinlich. Eine Förderung ist allenfalls über eine Staffelung der Beiträge nach Einkommen denkbar.

(3) Die Kosten-/Leistungsrechnung hat mit ihrer medianorientierten Budgetierung systematisch ein Qualitätsdumping zur Folge. Welche Ideen verfolgen Sie, um Investition in Qualität zu begünstigen?

Die KLR ist ein wichtiges Instrument der Konsolidierungspolitik. Ein Qualitätsdumping geht damit nicht einher.

(4) Gibt es in Ihrer Fraktion eine Bereitschaft, entgeltfreie Einstiegsangebote in der Kooperation zwischen Grundschule und Musikschule - wie in anderen Bundesländern - mit Landesmitteln zu ermöglichen?

Selbstverständlich wären entgeltfreie Einstiegsangebote sinnvoll. Allerdings ist eine Gegenfinanzierung derzeit nur zu Lasten anderer Haushaltstitel aus dem Bildungsbereich denkbar. Hier sehen wir keinen aktuellen Handlungsspielraum.

(5) Welche Erfolgsindikatoren wären für Ihre Fraktion wichtig, um die hierfür benötigten Ressourcen bereitzustellen?

Das ist keine Frage von Erfolgsindikatoren, sondern ausschließlich der Finanzierbarkeit. Entgeltfreie Angebote, die dem Einstieg in Instrumentalunterricht dienen, sind auch dann vernünftig, wenn nur sehr wenige Schüler mehr für die Musikschulen gewonnen werden können.

(6) Bildungsvermittlung ist eine kontinuierliche Langzeitaufgabe. Berliner Schüler haben zunehmend die Möglichkeit projektbezogen zu arbeiten und zu lernen. Wie soll das dort geweckte Interesse an Musik weitergeführt werden können, wenn für Musikschulen bereits jetzt Wartelisten der Alltag sind?

Wir brauchen einen guten Musikunterricht, qualifiziertes Personal und die Musikschulen in ihrem jetzigen Umfang. Außerdem stehen uns neben den staatlichen Musikschulen eine Vielzahl sehr unterschiedlicher freier Angebote zur Verfügung.

(7) Wie steht Ihre Fraktion zu der Forderung aus dem „Abschlussbericht der Kommission Berliner Volkshochschulen und Berliner Musikschulen“ (siehe Anlage), die Versorgungsdichte in den kommenden 8 Jahren stufenweise von jetzt 41.050 Schülern auf

dann 54.444 Schülern zu steigern bei einem zusätzlichen jährlichen Finanzeinsatz in Höhe von 573.000 Euro im 1. Jahr bis max. 1,5 Mio nach 8 Jahren aus dem Landesetat?

Die Forderung nach Erhöhung der Versorgungsdichte begrüßen wir. Beim zusätzlichen Finanzeinsatz verbleibt es dabei, dass eine Gegenfinanzierung geprüft werden muss. Wenn der Anstieg der Versorgungsdichte nur zu Lasten anderer Angebote durchgeführt werden kann, muss abgewogen werden.

(8) In den unter Beteiligung Berlins entstandenen „Leitlinien zur Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Musikschulen“ der kommunalen Spitzenverbände (s. Anlage) wird unter Punkt 10 eine stärkere finanzielle Verantwortung der Länder für Musikschulen gefordert. Wie steht Ihre Fraktion dazu?

Es besteht kein Raum für eine stärkere finanzielle Verantwortung, wenn eine Gegenfinanzierung nicht gesichert ist.